

Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse

Herausgeber: Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte

Band: 73 (1979)

Artikel: Die Mischehe und deren Scheidung kraft Bundesrecht im ersten Bundesstaat (1848-1874)

Autor: Hafner, Pius

Kapitel: Ausblick

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-129975>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tabelle 2:

ANZAHL NEU EINGEGANGENER KLAGEN BEIM BUNDESGERICHT
1862–1874

Jahr	Ehescheidungen	Expropriationsreklame	Andere
1862	7	24	6
1863	3	108	7
1864	2	43	4
1865	5	5	4
1866	12	2	4

Für die Jahre 1867 bis 1874 kennen wir aus den Rechenschaftsberichten nur die Gesamtzahl der Neueingänge, nämlich:

1867	39	1871	19
1868	33	1872	55
1869	28	1873	163
1870	23	1874	93

AUSBLICK

Mit dem Mischehengesetz von 1850 und dem Nachtragsgesetz von 1862 griff der Bund erstmals in das kantonale Ehe- und Familienrecht ein. Er tat dies nicht auf Grund einer speziellen Gesetzgebungskompetenz für diese Rechtsgebiete, sondern einzig kraft seines Auftrags, für den Frieden zwischen den Konfessionen die geeigneten Maßnahmen zu treffen. Diese schmale und umstrittene verfassungsrechtliche Basis reichte aber nur aus für die Regelung gemischter Ehen, für eine allgemeine Vereinheitlichung des Ehrechts durch den Bund bot sie keine Handhabe.

In den Jahren 1863 bis 1870 unternahmen die Kantone vorerst den Versuch, eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der für den Eheschluß nötigen Formalitäten auf dem Konkordatsweg zu erreichen¹. Protestantische kirchliche Behörden, seit 1858 in der evangelischen Kirchenkonferenz der Schweiz zusammengefaßt, drängten seit längerem auf eine Vereinheitlichung und hatten dazu sogar einen Konkordatsvorentwurf

¹ Die Unterlagen über die langen Verhandlungen und die verschiedenen Eingaben zur Schaffung dieses Ehekonkordats liegen im BAB, Dossier Gesetze IV/3. Siehe dazu auch MARTIN, Der Schutz der Ehe, S. 13, 44 f.

ausgearbeitet, den der Vorsteher der Kirchenkonferenz, Dr. A. Preiswerk, dem Bundesrat mit Schreiben vom 29. Dezember 1862 übersandte¹. Die Konkordatsverhandlungen selbst, unter dem Vorsitz des eidgenössischen Justizdepartementes und unter Mitwirkung sämtlicher Kantone, zogen sich über Jahre hin. Die verschiedenen bundesrätlichen Konkordatsentwürfe² stießen bei den kantonalen Regierungen auf wenig Gegenliebe. Da bis dahin noch kein Konkordatsentwurf die Anerkennung der Kantone gefunden hatte, stellte das Justizdepartement im Jahre 1870 seine Arbeiten am Ehekonkordat endgültig ein³.

In der Zwischenzeit waren nämlich erfolgsversprechendere Bemühungen zur Revision des Ehrechts in Gang gesetzt worden. So hatte der schweizerische Juristenverein an seiner Jahrestagung 1868 in Solothurn vehement die Vereinheitlichung verschiedener Teile des Zivilrechts und Zivilprozeßrechts gefordert. Konkret mit dem Ehreht beschäftigte sich eine Motion des waadtländischen Nationalrats Louis Ruchonnet⁴. Diese verlangte vom Bundesrat die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs über das Recht der Ehe und die Ehehindernisse. Da der Nationalrat Zweifel hegte an der Verfassungsmäßigkeit dieser Motion, erklärte er sie in dem Sinne erheblich, «daß der Bundesrat eingeladen wird, bis zur nächsten Session der Bundesversammlung Bericht und Antrag zu bringen, in welcher Weise die Bundesverfassung zu revidieren sei, um sowohl die Zwecke der Motion zu erreichen, als auch überhaupt die Bundesverfassung mit den Zeitbedürfnissen in Einklang zu bringen»⁵.

Der Bundesrat begnügte sich aber nicht mit der Änderung nur weniger Artikel der Bundesverfassung, er legte der Bundesversammlung am 17. Juni 1870, nur ein halbes Jahr nach der Motion Ruchonnet, Botschaft und Entwurf für eine neue Bundesverfassung vor⁶. Damit gerieten die Revisionsarbeiten in Gang, aus denen nach der ersten Verwerfung im

¹ Die Protokolle der Beratungen der Kirchenkonferenz aus den Jahren 1858–1862, der Konkordatsentwurf und die Eingabe Preiswerks sind ebenfalls im BAB, Dossier Gesetze IV/3.

² BAB, Dossier Gesetze IV/3; BBI 1867, II, S. 772 (dort findet sich ein Konkordatsentwurf vom 11. Dezember 1867).

³ Kreisschreiben an die Kantsregierungen vom 3. Juni 1870, betreffend die Beendigung der Arbeiten am Ehekonkordat, in: BAB, Dossier Gesetze IV/3.

⁴ Protokoll über die Verhandlungen des schweizerischen Nationalrates betreffend die Revision der Bundesverfassung, 1871/72, Einleitung S. XII. Die Motion ist auch bei MARTIN, Der Schutz der Ehe, S. 184, abgedruckt.

⁵ Protokoll des NR vom 23. Dezember 1879.

⁶ BBI 1870, II, S. 665–704.

Jahre 1872 schließlich die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 hervor-
ging. Diese erklärte in Artikel 53 die Feststellung und Beurkundung des
Zivilstandes zur Angelegenheit der bürgerlichen Behörden, stellte in
Artikel 54 das Recht der Ehe unter den Schutz des Bundes und verbot
jede Beschränkung dieses Rechts aus kirchlichen, ökonomischen oder
polizeilichen Gründen und entzog gemäß Artikel 58 der geistlichen Ge-
richtsbarkeit jede Rechtswirkung im staatlichen Bereich¹.

Noch im Jahre 1874 unterbreitete der Bundesrat der Bundesversamm-
lung Botschaft und Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Feststellung
und Beurkundung des Zivilstandes und die Ehe². Darin wurde nebst dem
Zivilstandswesen auch das gesamte persönliche Ehrerecht, Eheschluß
und Ehescheidung, einheitlich von Bundes wegen geordnet. Obwohl viele
die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes anzweifelten³, wurde es trotz-
dem am 24. Dezember 1874 vom National- und Ständerat gutgeheißen.
Mit 213 199 Ja gegen 205 069 Nein wurde es auch vom Volk am 23. Mai 1875
genehmigt, in der ersten Volksabstimmung auf Grund des Gesetzesre-
ferendums in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates⁴.

Damit war das eidgenössische Ehrerecht Tatsache geworden. Nur
zwölf Jahre nach den heftigen Debatten um das Scheidungsgesetz und
die kleinen Zugeständnisse, die dieses der Zentralgewalt machte, war
die totale Vereinheitlichung des persönlichen Ehrechts, die keine
Rücksicht mehr nahm auf kantonale und konfessionelle Unterschiede,
geglückt. Die Gründe dieses schnellen Wandels aufzuzeigen, ist nicht
mehr Aufgabe unserer Arbeit. Fest steht, daß der Durchbruch zu solch
radikalen Reformen im Ehrerecht – wie auch in anderen Bereichen anläß-
lich der Verfassungsrevision von 1872/74 – nur auf dem Hintergrund des
aufsteigenden Kulturkampfes verstanden werden kann.

¹ Es ist nicht mehr Aufgabe dieser Arbeit, die Revision der BV von 1872/74 näher zu erläutern. Wir verweisen auf die allgemeine Darstellung bei RAPPARD, Die Bundesverfassung, S. 315 ff.

² BBl 1874, III, S. 1–33.

³ HELD, Der generelle Ehescheidungsgrund, S. 57. Bedeutende Staatsrechtler erklärten das Gesetz auch später noch als verfassungswidrig: siehe die Belege bei MARTIN, Der Schutz der Ehe, S. 69.

⁴ Zur Entstehung des Zivilstands- und Ehegesetzes von 1874 siehe: BRINER, Die Ehescheidungsgründe, S. 41–49; A. DUFOUR, Besondere Voraussetzungen, grund-
legende Einflüsse und Entwicklungsstufen der Verweltlichung des Zivilstands-
wesens in der Schweiz im 19. Jahrhundert, in: ZZW 44 (1976), S. 291 ff.